

Vor Europawahl: Zivilgesellschaftliches Bündnis veröffentlicht Wahlauf Ruf

24.04.2024 - von Barbara Helfrich

Demo in Frankfurt am 9. Juni, 17 Uhr, Opernplatz

Mit Demonstrationen im Vorfeld der Europawahl und Kommunalwahlen will ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis die Menschen mobilisieren, am 9. Juni zur Wahl zu gehen. Die Pläne stellten Vertreter:innen heute in Hamburg vor, unterstützt von Bela B von der Band „Die Ärzte“. Im Zeitraum zwischen dem 23. Mai, dem 75. Jahrestags des Grundgesetzes, und dem 8. Juni soll eine zweite große Protestwelle aus der Mitte der Gesellschaft entstehen. Geplant sind unter anderem Demonstrationen in Leipzig, Stuttgart, Cottbus, Erfurt, Berlin, München, Frankfurt/Main, Köln und Hamburg sowie in vielen kleineren Orten in Deutschland, um den prozentualen Stimmenzuwachs rechtsextremer Parteien zu stoppen und besonders Erstwähler:innen ab 16 Jahre zu motivieren, demokratische Parteien zu wählen.

Da rechtsextreme Parteien ihr Wähler:innenpotenzial in den vergangenen Wahlen europaweit mobilisieren konnten, ist es entscheidend, dass möglichst viele demokratisch gesinnte Wähler:innen am 9. Juni auch tatsächlich zur Wahl gehen. Menschen mit Migrationsbiographie, andere Marginalisierte und alle, die nicht in das ausgrenzende Weltbild passen, sind durch das Erstarken der AfD besonders bedroht. Deshalb ruft das Bündnis alle Bürger:innen auf, ein Zeichen gegen Rassismus und rechte Extremisten zu setzen und bei den Wahlen ihre Stimme zu nutzen. Alle demokratischen Parteien müssen jetzt klarstellen, dass sie mit solchen Kräften keine gemeinsamen Mehrheiten suchen, fordern die beteiligten Organisationen.

Christoph Bautz, Geschäftsführender Vorstand von Campact: „Mit einer Protestbewegung aus der Mitte der Gesellschaft wollen wir verhindern, dass die AfD bei den Europawahlen ein Rekordergebnis erzielt. Überall im Land wehren wir uns auf den Straßen dagegen, dass die AfD die Grenzen in Europa wieder hochziehen und das europäische Einigungsprojekt zerstören will. Zu Hunderttausenden stellen wir uns gegen die Feinde der Demokratie – und fordern alle Menschen auf, am 9. Juni demokratisch zu wählen.“

Gwendolyn Stilling, Abteilungsleiterin Kampagnen, Der Paritätische Gesamtverband: „Rechtsextreme Kräfte wie auch die AfD bedrohen alle, die nicht in ihr ausgrenzendes, intolerantes Weltbild passen. Dazu gehören vulnerable Menschen, denen der Paritätische verpflichtet ist. Alle sind jetzt gefordert, Menschenrechte und Demokratie zu verteidigen – auf den Straßen, an der Wahlurne und in den Parlamenten!“

Kodjo Valentin Glaeser, Beirat Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e.V.: „Vielfalt, Miteinander, Raum für unterschiedliche Perspektiven, Erfahrungen und Stimmen sind das Fundament, auf dem das Gebäude steht, in dem die Gesellschaft der Vielen Platz findet, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Rechtsextreme Parteien schüren Angst, Hass, Hetze, Ausgrenzung und Spaltung und sind damit die Abrissbirne für dieses Haus, das uns alle zusammenhält. Die Geschichte muss uns eine Lehre sein!“

Sophie Lampl, Geschäftsführende Vorständin Greenpeace e.V.: „Wo Rechtsextreme und Autoritäre bereits an der Macht sind, sind Mensch, Natur und Klima in Gefahr: Umweltschützerinnen und Umweltschützer werden behindert und bedroht, Klimaschutz faktisch abgeschafft und kritische Meinungsäußerungen kriminalisiert. Dazu darf es in Deutschland nicht kommen. Dafür kämpfen wir weiter gemeinsam mit den Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die die Demokratie gerade verteidigen.“

Bela B, Musiker, Autor und Schauspieler, „Die Ärzte“: „Die EU und was sie regelt, betrifft uns jeden Tag, ob es um Umwelt, Technologien, Wirtschaft oder Kultur geht. Nationale Alleingänge sind oft nicht wirksam genug. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns informieren, wählen und so mitbestimmen, in welche Richtung sich die EU entwickelt. In diesem Jahr zum ersten Mal ab 16!“

Pressestatement von Gwendolyn Stilling, Abteilungsleiter Kampagnen,
Der Paritätische Gesamtverband,
anlässlich der Pressekonferenz des Bündnisses "Rechtsextremismus stoppen - Demokratie
verteidigen" am 24. April 2024 in Hamburg

Meine Damen und Herren,

bei den anstehenden Wahlen geht es um viel. Und das sagen wir ganz besonders auch in Richtung all der jungen Menschen, die zum allerersten Mal wählen gehen dürfen. Das Mindestalter für die Europawahlen wurde in Deutschland auf 16 Jahre abgesenkt. Alle deutschen Jugendlichen ab 16 dürfen am 9. Juni ihre Stimme abgeben, überall in Europa, egal wo sie wohnen. Und wir können nur alle ermuntern: Gebt Eure Stimme ab, nutzt Euer Wahlrecht, geht wählen – und wählt demokratisch.

Wir wissen: Das wird keine leichte Wahl. Das Image der EU ist alles andere als gut. Viele Menschen sind von der Politik enttäuscht, fühlen sich abgehängt, sehen ihre Interessen nicht wirklich vertreten. Wir können und wollen keine Wahlempfehlung für eine bestimmte Partei abgeben. Aber wir dürfen warnen vor rechtsradikalen Kräften und Parteien, wie die AfD in Deutschland eine ist.

Rechtsextremistische Kräfte stellen eine Bedrohung für alle dar, die nicht in deren intolerantes und ausgrenzendes Welt- und Menschenbild passen. Menschen, die nicht in das Weltbild des völkischen Nationalismus passen, sollen entrechtet oder aus dem Land geworfen werden. Wer so denkt und spricht, stellt die Würde des Menschen als Individuum, die Universalität von Menschenrechten und damit die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft in Frage. Und wenn die Würde des Menschen nichts mehr zählt, dann ist niemand von uns mehr sicher.

Die Abwertung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer selbstbestimmten geschlechtlichen Identität sind in der AfD Gang und Gäbe.

Mitgliedsorganisationen des Paritätischen und zivilgesellschaftliche Organisationen in der Sozialen Arbeit allgemein sind immer wieder gezielten Versuchen der öffentlichen Diskreditierung und Einschüchterung durch Akteure der AfD und ihrer Anhängerschaft ausgesetzt.

Dazu gehören u.a. Flüchtlingshilfeorganisationen, Queer-, Schwulen- und Lesbeninitiativen, Migrantenselbstorganisationen, Frauenhäuser, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, Aussteiger- und Präventionsprojekte. Auch Menschen mit Behinderung gerieten schon wiederholt ins Visier der menschenfeindlichen Attacken der AfD. Es sind Angriffe auf unsere offene und tolerante Gesellschaft.

Wir reden nicht mehr von Alarmzeichen. Die Gefahr, die von Rechtsaußen ausgeht, ist real und konkret. Es gibt da nichts schön zu reden oder zu verharmlosen.

Viele unserer Mitglieder beobachten mit großer Sorge und bereits Ängsten die Verschiebung des politischen Diskurses. Grenzen des Sagbaren werden verschoben - Tabus aus den Erfahrungen mit

dem Nationalsozialismus werden eingerissen. Das Ergebnis ist: Immer häufiger werden Menschenrechte ganz unverblümt in Frage gestellt, ohnehin marginalisierte Gruppen angegriffen und in öffentlichen Debatten gegeneinander ausgespielt.

Die demokratischen Kräfte in diesem Lande dürfen sich in dieser Situation nicht auseinanderdividieren lassen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Bei aller Verschiedenheit muss uns das Ziel einen, zu verhindern, dass Rechtsextremisten an die politische Macht kommen. Mit einer Agenda, die Demokratie und Menschenrechte in ihrer Substanz angreift, kann es auf politischer und gesellschaftlicher Ebene keinen Ausgleich geben.

Es geht uns alle an. Es geht um den Schutz der Menschenwürde und um Solidarität mit allen, die jetzt schon im Visier der Rechtsextremisten sind. Es geht aber auch darum, Rechtsstaatlichkeit und unser Grundgesetz zu verteidigen. Denn das ist der Kern von Demokratie und die Bedingung dafür, dass wir alle auch morgen noch in Freiheit und Würde leben können - in all unserer Verschiedenheit und Vielfalt.

Als Paritätischer verstehen wir uns im Interesse unserer Mitgliedsorganisationen als Teil der zivilgesellschaftlichen Brandmauer gegen Rechtsaußen. Deshalb unterstützen wir diesen Aufruf und wenden uns an alle Demokrat*innen: Geht wählen und verteidigt Demokratie und Menschenrechte - auf den Straßen, an der Wahlurne und in den Parlamenten! Weil alle zählen und weil Vielfalt ohne Alternative ist.